

Juni 2011

Informationen und Stellungnahme des Freiburger Friedensforums zum Krieg in Libyen

Seit Anfang des Jahres kursieren in der Weltpresse und anderen Medien Nachrichten über Unruhen und Rebellion in den arabischen Ländern Nordafrikas. Eine junge Demokratiebewegung hat in Tunesien, Ägypten die Alleinherrscher dieser Länder mit und ohne Waffengewalt gestürzt und verjagt. Doch noch immer liegt die staatliche Macht vorwiegend in der Hand des Militärs, das bemüht ist, die bürgerliche Freiheit in Grenzen zu halten, auch mit Gewalt. Die Demokratie hat dort, wie auch in Syrien und Bahrain noch einen weiten Weg vor sich.

Anders ist die Situation in Libyen: Im Gefolge der friedlichen Revolten in Tunesien und Ägypten kam es im März 2011 zum bewaffneten Aufstand gegen das Gaddafi-Regime und damit zum Bürgerkrieg. Libyen wird häufig das reichste Land Afrikas genannt, wegen seiner gigantischen Erdöl- und Erdgaslager. Die sind Anlass zum Streit unter den Stammesführern und auch Anlass für das militärische Eingreifen von EU-Staaten und der NATO.

Anfang April 2011 erschien zum Libyenkonflikt eine ausführliche Studie aus der deutschen Friedensbewegung unter der Autorenschaft von Prof. Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie, und Clemens Ronnefeldt, internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig. Diese abrufbare Analyse mit dem Titel „Der NATO-Einsatz in Libyen ist (Öl-)interessengeleitet“ blieb in der deutschen Medienwelt weitgehend unerwähnt. Diese ergriff schnell einseitig Partei zu Gunsten der Rebellen aus primär wirtschaftspolitischen Gründen, ebenso wie die meisten westlichen Politiker, obwohl Täter wie Opfer auf beiden Seiten zu finden sind. Die Stellungnahme des Freiburger Friedensforums bezieht sich weitgehend auf die o.g. Studie, um Aufklärung über Tatbestände und Hintergründe des Konflikts verbreiten zu helfen.

Zu Tätern und Opfern: In den westlichen Medien wurde ausschließlich auf die Gefahr von Massakern der Gaddafi-Truppen an der Zivilbevölkerung der Rebellenhochburgen hingewiesen, was auch Anlass für die Sicherheitsresolution 1973 zum Schutz der Zivilbevölkerung war. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay, berichtete von Massenmorden der Gaddafi-Truppen im Februar 2011: „Straßenzüge wurden abgeriegelt, damit keiner fliehen konnte. Dann wurden die Menschen von den Dächern aus beschossen.“ Der Journalist und Dokumentarfilmer Farai Seivenzo aus Zimbabwe schrieb: „Weil vermutlich Söldner aus dem Tschad und Mali für ihn [Gaddafi] kämpfen, sind eine Million afrikanischer Flüchtlinge und Tausende afrikanischer Wanderarbeiter in Gefahr, ermordet zu werden.“ Nach UN-Angaben sind etwa 200.000 afrikanische Flüchtlinge an der libysch-ägyptischen Grenze und weitere 100.000 an der libysch-tunesischen Grenze gestrandet. Auf beiden Seiten des Bürgerkriegs gab und gibt es schwere Menschenrechtsverletzungen, die eine einseitige Parteinahme verbieten. Beide Seiten sollen beispielsweise Streubomben eingesetzt haben. Bisher nicht einzuschätzen ist die Zahl der Opfer von Bombenangriffen des NATO- und EU-Militärs auf Tripolis und Umgebung. Die Androhung internationaler Gerichtsbarkeit richtet sich hingegen ausschließlich gegen Gaddafi und seine Anhänger. Viele tausend Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet versuchen seit Wochen mit kleinen Booten das Mittelmeer zu überqueren. Mindestens 2000 Menschen sind dabei ertrunken. Von Seiten der Krieg führenden NATO-Staaten, die ihre Kampfeinsätze humanitär begründen, gab es keinen einzigen Rettungsversuch.

Zur aufständischen Opposition in Libyen: Die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik berichtete, der entscheidende Impuls zum Aufstand sei von „unorganisierten Kräften“ ausgegangen, die Polizeistationen und Amtsgebäude überfallen und in Brand gesetzt hätten. In der Opposition verfüge allein die Muslimbruderschaft über eine beständige Organisation. Die eigentlich tragenden Kräfte des bewaffneten Aufstandes seien Stämme vor allem im Osten des Landes, sowie emigrierte ehemalige Militärs und Politiker des Landes. Die Stiftung bilanziert: Für die Mehrheit der Akteure in der Opposition gehe es nicht um die Grundlagen des libyschen Staates, sondern um die Neuverteilung der Ressour-

cen des Landes. Die NATO-Staaten haben sich bereits auf 2 neue Politiker einer Gegenregierung festgelegt: Mahmud Dschibril und Ali Tarhuni, beide langjährig in der USA ausgebildet und tätig. Sie treten für ein stärkeres Engagement der USA in Libyen ein und für eine neoliberale Wirtschaftsordnung.

Zu den wirtschaftlichen Interessen des Westens: Diese beziehen sich vor allem auf die Bodenschätze des Landes Erdöl und Erdgas und auf die Sicherheit von deren Ausbeutung für den Westen.

Nachdem Gaddafi 2009 eine in Libyen operierende kanadische Ölfirma enteignet und verstaatlicht hatte, wuchs der Zweifel an der Sicherheit westlicher Investitionen in Libyen und an sicheren Exportquoten von Öl und Gas nach Europa. Verhandlungen Gaddafis mit Russland, China und Indien über Öl- und Erdgasexporte vergrößerte die Unsicherheit der Europäer! Der neue Krieg gegen Gaddafi ist nun wieder ein Riesengeschäft für westliche Rüstungskonzerne.

Zur Rolle von Geheimdiensten: Schon im Frühjahr 2011 berichteten deutsche und andere westliche Medien über Tätigkeiten der CIA und anderer Geheimdienste in den Hochburgen der Libyschen Opposition in Sachen Lieferung von und Ausbildung an Waffen. Auch britische und US-Boden-Spezialtruppen sollen die NATO mit Zielinformationen von Libyen aus versorgt haben und weiter versorgen.

Zum Thema Alternativen zum Krieg: Es gab verschiedene internationale Initiativen, die sich um eine Verhandlungslösung im libyschen Bürgerkrieg bemühten. Anfang März 2011 führte die Arabische Liga unter Beteiligung der venezuelanischen Regierung Verhandlungen für einen Friedensplan. Es gab einen Friedensplan der türkischen Regierung, der mit US-Präsident Obama abgestimmt war. Er enthielt eine konkrete Agenda für den Aufbau neuer demokratischer Strukturen im Lande verbunden mit einem Rückzug für die libysche Regierung ohne Gesichtsverlust, das alles unter UN-Beobachtung. Noch kurz nach der UN-Sicherheitsrats-Resolution zur Überwachung des libyschen Luftraums bemühte sich die Afrikanische Union AU um eine Verhandlungslösung. Am Verhandlungstisch saßen neben AU-Vertretern, Vertreter der Arabischen Liga, der Konferenz islamischer Staaten, der UN, der EU und der libyschen Regierung. Die Rebellen hatten die Teilnahme verweigert. Dann ließ der französische Präsident Sarkozy alle Friedenshoffnungen zerbomben. Er war zusammen mit dem britischen Premier Cameron der Initiator des Kriegs, dessen Fortsetzung nun die NATO anführt. Die Frage bleibt, warum hat sich der Westen, EU und USA einer Vermittlerrolle verweigert. Deutschland hat sich bei der genannten Sicherheitsratsresolution der Stimme enthalten, danach aber die Kriegseinsätze verbal gerechtfertigt und der NATO Kompensationsleistungen, z.B. in Afghanistan angeboten. Vermutlich ist die deutsche Stimmenthaltung der Inlandsstrategie der Koalitionsregierung im Wahlkampfsjahr 2011 zuzurechnen. Sollte diese Annahme stimmen, dann würde deutlich, dass es immerhin Hemmungen bei deutschen Regierungsvertretern gibt, neue Kriege gegen den Willen des eigenen Volkes zu riskieren.

Die Folgen des neuen NATO-Krieges für Afrika, den nahen und mittleren Osten und Europa sind unabsehbar. Es ist zu hoffen, dass in nächster Zeit mehr unterdrückte bzw. nicht recherchierte Nachrichten über die Fakten von Kriegsvorbereitung und Kriegsführung an die Öffentlichkeit gelangen werden. Jede militärisch orientierte Parteinahme von außen an Bürgerkriegen in anderen Ländern führt zur Verhärtung der Fronten und verschiebt die Hoffnung auf Frieden ins Aussichtslose. Dafür kann es keine humanitäre Begründung geben.

Die deutsche Friedensbewegung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Anwendung militärischer Gewalt zur Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele. Gefragt sind nun massive Protestveranstaltungen in allen großen europäischen Städten, die ebenfalls ohne Gewaltanwendung verlaufen müssen. Der Druck aus der Bevölkerung auf die Regierungen, die Kriege zu stoppen, muss wachsen.

Zusammen mit Hilfsorganisationen wie Pro Asyl fordert die Friedensbewegung von allen EU-Regierungen effektive Maßnahmen zur Rettung von Bootsflüchtlingen und eine schnelle menschenwürdige Aufnahme aller Kriegsflüchtlinge in allen EU-Staaten.

Krieg ist keine Lösung, sondern nur eine von Menschen verursachte Katastrophe. Alternativen sind möglich!

Anmerkung: Siehe auch Informationen des Freiburger Friedensforums zur Geschichte Libyens!